Fränkische Landeszeitung, 17. 11. 2010

Ver.di: Sorge um Arbeitsplätze und antimilitaristische Tradition

„Dankbar" für Debattenanstoß

Gewerkschaft sucht Kontakt mit Beschäftigten der US-Armee

ANSBACH (pm/mhz) – In der Diskussion um die Äußerungen der zivilen Beschäftigten der US-Armee schaltet sich jetzt der ver.di-Vorstand ein. Man wolle auf jeden Fall das Gespräch mit den Betroffenen suchen, heißt es in einer Pressemitteilung der Gewerkschaft.

„Im Spannungsfeld zwischen antimilitaristischer Tradition der Gewerkschaftsbewegung, dem entsprechenden Satzungsauftrag der ver.di sowie ökologischen Interessen muss auch die Sorge um den Erhalt der Arbeitsplätze Eingang in die innergewerkschaftliche Diskussion finden", schreiben Ulli Schneeweiß, stellvertretender Bezirksgeschäftsführer, und der Ortsvereinsvorsitzende Walter Nees. Deshalb greife der ver.di-Ortsverein Ansbach die Initiative der Betriebsgruppe der US-Stationierungsstreitkräfte „gerne auf".

Vielleicht habe sich ja die Gewerkschaft diesem schwierigen Thema bisher zu wenig gestellt, merken beide selbstkritisch an. Insofern sei man den Kollegen der Stationierungsstreitkräfte „dankbar für ihren Impuls, damit wir nun vertieft miteinander ins Gespräch kommen", so Nees. Hierbei beteiligt würden neben der Betriebsgruppe weitere Mitglieder der ver.di. Die Gewerkschaft verstehe sich „als demokratische, pluralistische und antimilitaristische Organisation". Man trete für einen Umbau von Arbeitsplätzen beim Militär im Sinne der Rüstungskonversion aus.

Die Position der Betriebsgruppe der Stationierungsstreitkräfte werde „als Beitrag zu einer breiten Diskussion ernst genommen", verspricht der Ortsvorsitzende. Gegenstand dieser Diskussion müsse in dem Zusammenhang auch der Dialog über Geschichte, Sinn und Zweck der US-amerikanischen Truppenpräsenz vor Ort, über deren Funktion hinsichtlich der Militäreinsätze in Irak und Afghanistan und über die tatsächliche wirtschaftliche und ökologische Bedeutung für die Region werden. Dazu will die Gewerkschaft bald einen Termin mit allen Betroffenen vereinbaren.